

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsleiter: Nachrichten Dresden
Verlagsredaktion: 25 241
Preis für Abonnenten: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 30. November 1927 bei jeder zweimonatlichen Lieferung 1,50 Mk.
Einzelhefte zu 50 Pf. für Familienmitglieder und Schenkung ohne Abzahlung 10 Pf. für Studenten.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach dem Maßstab berechnet, der in der letzten Ausgabe des Anzeigen-Kalenders für Dresden und Umgebung veröffentlicht ist. Für den ersten Tag gilt der halbe Preis. Die zweite und dritte Zeile zu 10 Pf. pro Linie. Die vierte Zeile zu 7 Pf. pro Linie. Die fünfte und sechste Zeile zu 5 Pf. pro Linie. Mehrere Zeilen erhalten einen besonderen Rabatt. Die Schriftgröße muss nicht angegeben werden.

Schriftleitung und Anzeigen-Verwaltung:
Marie-Annen-Str. 39/42
Druck u. Verlag von **Vietz & Reichardt** in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Krisenmake zum Reichstagsbeginn.

Die Sprengungsversuche der Linken. — Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag.

Morgen Beginn der Reichstagsession.

Berlin, 21. Nov. Der Reichstag tritt erst heute in seine parlamentarische Winterpause ein. Die erste Vollversammlung morgen, Dienstag, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlesungen das Handelsabkommen mit Frankreich. Einzelne Fraktionen haben bereits Sitzungen einberufen. So treten die Demokraten heute nachmittags zusammen, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei am Dienstag vor der Plenarsitzung.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich bereits lebhaft mit dem, was die Winterpause des Reichstags bringen wird. Man macht darauf aufmerksam, daß es von den Entscheidungen der nächsten Wochen abhängen wird, ob wir auch in diesem Jahre wieder die übliche Weihnachtskrise bekommen.

Von demokratischer Seite versucht man wiederum das Reichstagsgesetz als Sprengmittel zu verwenden. Tatsache ist, wie zugeworfen werden muß, daß sich das völksparteiliche Mitglied des Reichstags Dr. Kunkel in der Nationalen Korrespondenz mit einer nicht angenehmen Entschiedenheit gegen die deutschnationalen Stellen in der Schlußfrage wendet. Alles in allem dürfte die morgende beginnende Winterpause eine gewisse Anzahl von Schwierigkeiten bringen, ohne daß man heute bereits als feststehend ansehen könnte, daß sich aus diesen Schwierigkeiten unmittelbare Krisen ergeben würden.

Dem Reichstage ist jetzt der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zugegangen. Er soll nach der Vorlage auf 151 ständige Mitglieder bestehen, die von der Reichsregierung auf Grund von Vorschlägen der Vertreter der Unternehmer, der Arbeitnehmer und sonstiger Völkerelemente oder auf Grund von Ernennungen durch die Reichsregierung oder den Reichstag einberufen werden.

Von 5,4 auf 11,9 Milliarden Mark!

Berlin, 21. Nov. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht als vorläufige Ergebnisse der in Durchführung befindlichen großen Finanzstatistik den Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich in den Rechnungsjahren 1918/14, 1925/26. Als Zuschußbedarf gilt dabei der Teil der Ausgaben, der durch Steuern, Zölle, Betriebsüberschüsse und sonstige Vermögenserträge gedeckt wird.

Der Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung (Reich, Länder und Gemeinden) betrug 1918 für das Rechnungsjahr 5,4 Milliarden Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 91,50 Mk.) und im Rechnungsjahre 1925/26 11,9 Milliarden Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 190,2 Mk.). Der Zuschußbedarf ist demnach um 6,5 Milliarden gestiegen und damit die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung um 100 Prozent.

Die Behandlung des Rentengesetzes.

Im Kabinett am Dienstag, im Ausschuss am Mittwoch. (Durch Funkgespräch)

Berlin, 21. November. Wie das Nachrichtenbüro des Reichstags mit dem von den Demokraten eingebrachten Entwurf eines Rentenversicherungsgesetzes beschäftigt und vorläufig endgültig zu diesem Entwurfe Stellung nehmen. In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags am Mittwoch wird eine Regierungserklärung darüber erwartet.

Die Verhinderung der ursprünglich für den Dienstag vorgesehenen Sitzung des Sozialausschusses auf den Mittwoch ist auf ein Schreiben des Reichsanwalters an den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses zurückzuführen, in dem Dr. Marx mitteilt, daß es infolge seiner Abwesenheit von Berlin und der Notwendigkeit, den Reichshaushalt alsbald festzustellen, dem Kabinett bisher nicht möglich war, zu dem von demokratischer Seite eingebrachten Entwurf eines Rentenversicherungsgesetzes endgültig Stellung zu nehmen.

Nationalliberale und Deutschnationale in Bayern.

München, 21. November. Dem Münchener Vertretertag der nationalliberalen Landespartei Bayerns wurde gestern das vom Parteivorstand gebilligte Abkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei zur endgültigen Verschmelzung vorgelegt. Danach schließen sich die Parteien zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Grund besonderer Vereinbarungen zusammen. Von den 108 Anwesenden enthielten sich vier der Stimme, während die übrigen dem Abkommen zustimmten.

Eine Verringerung des Bedarfs von erheblicher Bedeutung ist demgegenüber nur bei der Wehrmacht eingetreten.

Die Verringerung des Bedarfs von erheblicher Bedeutung ist demgegenüber nur bei der Wehrmacht eingetreten. Die 1925 nur 635 Millionen Mark Zuschußbedarf gegenüber 1,7 Milliarden Mark 1918 anweist. Im Rechnungsjahre 1925/26 haben folgende Gebiete den höchsten Zuschußbedarf: Gesamte Wohlfahrtspflege 2,8 Milliarden (davon allgemeine Fürsorge und Gesundheitswesen 1,4 Milliarden, Wohnungswesen 0,7 Milliarden), Kriegskosten 2,7 Milliarden, Volks- und Fortbildungsschulen 1,2 Milliarden Mark.

Die Mecklenburger Kommunalwahlen.

Nach überall bürgerliche Mehrheiten. Schwerin, 21. November. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der geistigen mecklenburgischen Stadtverordnetenwahlen kann in fast allen Städten eine bürgerliche Mehrheit festgestellt werden, und zwar in Tömitz, Wittenburg, Strövelin, Ludwigslust, Warin und Neuhof Meve.

Der neue Gesandte Finnlands in Berlin.

Berlin, 21. Nov. Der neue Gesandte Finnlands in Berlin, der frühere finnische Verkehrsminister W. Sjöström, ist heute in Berlin eingetroffen und wird dem Reichspräsidenten demnächst sein Beglaubigungsschreiben unterbreiten. Der bisherige finnische Gesandte bei der Reichsregierung, Dr. Sölmär, ist Sonntag abend von hier abgereist. Eine anschließende Gesellschaft von Diplomaten und Vertretern des Auswärtigen Amtes hatte sich zum Abschied am Bahnhof eingefunden. Dr. Sölmär ist nach Paris verjezt worden.

Die französischen Militärmissionen im Ausland.

Die Berufung einer Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere und Unteroffiziere nach Bolivien zur Reorganisation der dortigen Armee wird in der französischen Presse als Entsendung einer deutschen Militärmission und im Zusammenhang damit als ein Verstoß Deutschlands gegen den Art. 179 des Versailler Vertrages hingestellt, der Deutschland verpflichtet, keine Militärmissionen ins Ausland zu entsenden. Diese Auffassung ist natürlich gänzlich unzutreffend. Es handelt sich hier nicht um die Entsendung einer deutschen Militärmission, sondern um eine reine Privatangelegenheit einer Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere und Unteroffiziere, die nach dazu gar nicht deutsche Staatsangehörige, sondern Angehörige des Freistaates Danzig sind.

Die französischen Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei betreiben seit dem Frühjahr 1919. Ihre Stärke betrug ursprünglich in Polen 9 Generale, 29 Oberste, 63 Majore, 196 Hauptleute, 435 Oberleutnants und Leutnants und 210 Unteroffiziere und Mannschaften, in der Tschecho-Slowakei 70 Offiziere und 30 Unteroffiziere und Mannschaften. Ihre Hauptaufgabe bestand in dem Aufbau der politischen bzw. tschecho-slowakischen Wehrmacht, in der Organisation der Landesverteidigung durch Ausarbeitung der Mobilisationspläne und in der Ausbildung und Bewaffung der politischen bzw. tschecho-slowakischen Armee nach französischem Muster. Beide Armeen sollten durch eine möglichst weitgehende Durchsetzung mit französischen Offizieren zu Instrumenten der französischen Wachtropolitik in Europa gemacht werden. Die Mitglieder beider Missionen wurden dementsprechend zunächst vorwiegend in den höheren Kommandostellen bis zum Regimentskommandeur abwärts, im Generalstab und schließlich als Kommandeure und Lehrer militärischer Bildungsanstalten verwendet. Mit dem Fortschreiten der Reorganisationsarbeiten in Polen und der Tschecho-Slowakei sind beide Missionen im Laufe der Jahre zwar erheblich vermindert worden, sie dürften heute aber immerhin noch in beiden Ländern mindestens 30 bis 40 Offiziere umfassen, die sich als Lehrer bei den verschiedenen Militärschulen und als Berater bei den Generalstäben und höheren Kommandobehörden befinden. An ihrer Spitze steht in Polen zurzeit der General Charpy, ein früherer Kabinettschef des französischen Kriegsministers Painlevé, in der Tschecho-Slowakei General Faucher, der mehrere Jahre hindurch Stellvertreter des tschecho-slowakischen Generalstabschefs gewesen ist. General Charpy hat im vergangenen Jahre den bekannten General Dupont, den ehemaligen Vorsitzenden der deutsch-polnischen Grenzsicherungskommission, General Faucher abgelöst, nachdem die Leitung der Missionen vorher längere Zeit in Polen in den Händen der Generale Henry und Nieußel und in der Tschecho-Slowakei in der Hand des Generals Fellé, des ehemaligen Generalstabschefs des Marschalls Joffre während des Weltkrieges, gelegen hatte.

Die beiden Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei haben sich dort nie einer sehr großen Beliebtheit erfreut. Der Grund hierfür lag einmal in dem den französischen Offizieren eigenen hochmütigen Auftreten gegenüber ihren politischen bzw. tschecho-slowakischen Kameraden, dann aber in dem mit dem Fortschreiten der Reorganisationsarbeiten immer stärker hervortretenden Bestreben der letzteren, die Führung ihrer Armeen in die eigene Hand zu nehmen. Alles dies hat aber nichts daran ändern können, daß die beiden Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei auch heute noch entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der militärischen Verhältnisse in den beiden Ländern ausüben und dort noch immer eine der Hauptstützen der französischen Wachtropolitik bilden. Außer ihnen unterhält Frankreich zurzeit noch Militärmissionen einmal in Griechenland, dann aber vor allen Dingen auch in Südamerika in Brasilien, Peru und Uruguay. Die französische Militärmission in Griechenland besteht aus 20 Offizieren aller Waffen, die, wie in Polen und in der Tschecho-Slowakei, vornehmlich als Lehrer an den griechischen Militärschulen und als Berater verwendet werden. Sie folgte im März 1925 der Mission des Generals Grammat, die u. a. eine recht zweifelhafte Rolle bei den französischen Intrigen gegen König Konstantin gespielt hatte und von diesem deshalb auch vorübergehend ihrer Stellung enthoben worden war. An ihrer Spitze steht zurzeit General Girard, der zugleich die Stellung eines Generalinspektors des griechischen Heeres bekleidet und als solcher auch die letzten größeren Mandate geleitet hat, die im vergangenen Sommer in der Gegend von Saloniki hatten gefunden haben. Ueber die französischen Militärmissionen in Brasilien, Peru und Uruguay ist nur wenig bekannt geworden. Sie dürften aber wohl die gleiche Stärke haben, wie die französische Militärmission in Griechenland. Bei der Mission in Brasilien hat vor einigen Tagen ein Wechsel in der Stellung des Missionsschefs stattgefunden, General Genrus, der diese